

Antrag

der Fraktion der AfD

Thema: Visaverhandlungen reaktivieren, Partnerschaft zwischen Sachsen und der Russischen Föderation stärken

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. auf die Bundesregierung einzuwirken, dass diese sich auf europäischer Ebene dafür einsetzt, den am 06. März 2014 vorläufig ausgesetzten Visumdialog zwischen der Russischen Föderation und der EU wieder aufzunehmen,
- II. gegenüber der Bundesregierung die sächsischen Interessen an Visaerleichterungen bzw. die allgemeingültigen Vorteile einer perspektivischen Visaabschaffung zwischen der EU und der Russischen Föderation zu formulieren und die Abschaffung der Visumpflichtpflicht zwischen der EU und Russland zu postulieren, sobald die Anforderungen in den Bereichen Dokumentensicherheit einschließlich biometrescher Daten, illegale Migration einschließlich Rückübernahme, Öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie Außenbeziehungen von beiden Seiten vollständig erfüllt sind,
- III. mit weiteren Projekten und Initiativen, insbesondere in den Bereichen Bildung/Ausbildung und Wirtschaft, die Partnerschaft zwischen dem Freistaat Sachsen und der Russischen Föderation auszubauen.

Dresden, 16.09.2016

Dr. Frauke Petry, MdL
und Fraktion
i.V. Uwe Wurlitzer, MdL



Unterzeichner: Uwe Wurlitzer
Datum: 16.09.2016

Begründung:

In Anbetracht der gewachsenen Beziehungen zu Russland, insbesondere in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, ist die Staatsregierung in der Pflicht, auf Bundesebene für vertrauensbildende Maßnahmen zu werben. Diese sind unter anderem durch die Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland notwendig geworden. Eine wesentliche Vertrauen schaffende Maßnahme ist dabei die Wiederaufnahme des im Jahr 2014 „vorläufig“ ausgesetzten Visumdialoges zwischen der EU und der russischen Föderation.

I. Wiederaufnahme des Visumdialoges

Dem ersten Fortschrittsbericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat aus dem Jahre 2013 [KOM-Dokument (celex-Nr.52013DC0923)] ist zu entnehmen, dass Russland erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um die Kriterien für eine weitere Visaliberalisierung zu erfüllen.

Die in dem Fortschrittsbericht der Kommission enthaltenen Ausführungen zeigen deutlich, dass bis zur „vorläufigen“ Beendigung des Visumdialoges, wesentliche Fortschritte in den Bereichen: Dokumentensicherheit einschließlich biometrischer Daten, illegale Migration einschließlich Rückübernahme, Öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie Außenbeziehungen auf russischer Seite erzielt wurden. Dem erfolgreichen Abschluss der Vorverhandlungen über weitere Schritte, standen noch einige Detailfragen entgegen.

Dass dieser Prozess infolge des Ukraine Konflikts seitens der EU aus politischen Erwägungen ausgesetzt wurde, widerspricht dem eigenen Wertekanon der Europäischen Gemeinschaft. Danach sollen Sanktionsmaßnahmen immer auf die für das auslösende Ereignis Verantwortlichen zugeschnitten und negative Auswirkungen auf die breitere Bevölkerung eines sanktionierten Landes vermieden werden. Die Aussetzung der Visaverhandlungen trifft jedoch offensichtlich die gesamte Bevölkerung in der EU und in der Russischen Föderation, ohne dass diese für den Ukraine Konflikt verantwortlich zu machen ist.

II. Vorteile und Sächsische Interessen

Die Hauptkritikpunkte an den unzeitgemäßen Visaregelungen zwischen der EU und Russland sind für große Teile der Gesellschaft greifbar. Stellvertretend hierfür bemängeln nicht nur deutsche/sächsische Exporteure den immensen Umfang der geforderten Visaunterlagen oder hohe Visagebühren. Viele Unternehmer können zudem oftmals kurzfristige Termine nicht einhalten, Zeitverzögerungen treten ein oder Vertragsverhandlungen scheitern. Laut einer Umfrage des Ost-Ausschusses gingen für 20 Prozent der Unternehmen durch Visa-Probleme Aufträge verloren. Andere, aber nicht weniger belastende Erfahrungen machen Schüler, Studierende, Wissenschaftler oder Touristen mitunter, wenn sie mit dem nicht immer serviceorientierten Verwaltungsapparat einer Botschaft im Rahmen der Visabeantragung in Kontakt treten.

Die gegenwärtigen Visaregelungen verursachen zudem jedes Jahr einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Für den antragstellenden Personenkreis wurden Kosten in Höhe von rund 162 Mio. Euro ermittelt. Direkte und indirekte Kosten der geltenden Visabestimmungen beeinträchtigen die deutsch - russischen Beziehungen dabei auf sehr heterogene Weise. So führte die bestehende Ausformung der Visumpflicht in jüngster Vergangenheit beispielsweise dazu, dass die Beteiligung am Schüleraustausch zwischen Deutschland und der Russischen Föderation massiv zurückging. Nahmen im Jahr 2014 noch mehr als 10.800 Schüler am gegenseitigen Austausch teil, waren es 2015 nur noch rund 4.600. Neben den unmittelbaren finanziellen Nachteilen einer restriktiven

Visumpflicht, führt diese zudem dazu, dass individuelle Kontakte nicht gepflegt bzw. erst gar nicht aufgebaut werden können.

Der Freistaat Sachsen, der mit der Russischen Föderation traditionell gute Beziehungen unterhält, hat im Bereich des gegenseitigen Schüleraustausches mit gerade einmal 12 Schulpartnerschaften im Jahr 2016 noch erhebliches Ausbaupotential. Mehr Engagement dafür sollte unter anderem durch entsprechende Visaerleichterungen gefördert werden.

Die Umsatzsteuer -mit 7,5 Mrd. Euro- eine der wichtigsten Einnahmequellen für den Freistaat Sachsen und andere Einnahmequellen, könnten über Visaerleichterungen im Tourismus weiter ausgebaut werden. Folglich besteht an der Visaliberalisierung ein Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verbindendes sächsisches Interesse.

III. Deutsch - russische Projekte

Parallel und im Landesinteresse sind weitere Projekte, über den Petersburger Dialog oder das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum hinaus, auszubauen. Beispielhaft ist hier an Partnerschaften und Projekte im Bereich des Handwerks, insbesondere an den Bereich der Denkmalpflege zu denken. Hier besteht nach Angabe ausbildender Einrichtungen die Notwendigkeit und Dringlichkeit an einem möglichst umfassenden internationalen Erfahrungsaustausch sowie an fachlich fundierter Fort- und Weiterbildung.

In Anlehnung an das von der Bundesregierung initiierte Parlamentarische Partnerschaftsprogramm mit den USA für Schüler, Schülerinnen und junge Berufstätige wird ein ähnliches Programm des Freistaates mit der Zielstellung, persönliche Verbindungen zwischen jungen Menschen in Russland und in Deutschland zu knüpfen sowie unterschiedliche Lebensweisen in beiden Ländern kennenzulernen, angeregt.